

5. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Oktober 1959

34/J

A n f r a g e

der Abgeordneten S t ü r g k h , Dr. S c h w e r , Hermann G r u b e r
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Entschädigungsgesetz nach Artikel 27 Absatz 2.

-.-.-.-.-

Die Gruppe der in Jugoslawien geschädigten österreichischen Staatsbürger ist eine der wenigen, die - mit Ausnahme von gewissen Vorschusszahlungen in Härtefällen - schon seit 14 Jahren bzw. seit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages mit vollem Recht auf die im Artikel 27 Absatz 2 des Staatsvertrages festgelegte Entschädigungspflicht der Republik warten. Da es sich hier in der Hauptsache um ältere bis sehr alte Leute handelt, wäre die Erfüllung dieser Pflicht äusserst dringlich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- a) Wann gedenkt der Herr Bundesminister für Finanzen dem Hohen Haus einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag vorzulegen, bzw. den Achterausschuss, der sich mit dem Entschädigungsgesetz befasst hat, zu reaktivieren?
- b) Was ist im Bundesvoranschlag 1960 für die Entschädigung im Sinne des Artikel 27 Absatz 2 vorgesehen?

-.-.-.-.-